

Die neue tschechische Regierung

Herausforderungen und Aussichten

Kai-Olaf Lang

Die neue tschechische Regierung muß sich aufgrund der mitteleuropäischen Flutkatastrophe zunächst mit Krisenmanagement und Soforthilfe befassen. Ungeachtet dessen bleiben große Aufgaben auf ihrer politischen Agenda: der EU-Beitritt des Landes, die Realisierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturreformen und die Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland und Österreich. Der proeuropäischen Mitte-Links-Koalition des Sozialdemokraten Vladimír Špidla, die über eine parlamentarische Mehrheit von lediglich einem Mandat verfügt, wird ein rauher Wind ins Gesicht schlagen: Sie muß das Land in die EU führen, hat dabei aber mit Attacken einer europaskeptischen und populistischen Opposition von rechts und ganz links zu rechnen. Sie muß den hohen sozialpolitischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht werden und gleichzeitig das Haushaltsdefizit in den Griff bekommen. Gleichwohl hat die Koalition gute Aussichten, zumindest bis zum definitiven EU-Beitritt des Landes im Amt zu bleiben.

Die tschechischen Parlamentswahlen vom 14. und 15. Juni veränderten die Zusammensetzung der Regierung und ihrer parlamentarischen Basis. An die Stelle der sozialdemokratischen Minderheitsregierung trat eine vom Sozialdemokraten Vladimír Špidla geführte Koalition der linken Mitte aus sozialdemokratischer ČSSD, christdemokratischer Volkspartei (KDU-ČSL) und konservativ-liberaler Freiheitsunion (US-DEU). In der Regierung sind die Sozialdemokraten ihrem Gewicht entsprechend tonangebend. Sie stellen unter anderem den Regierungschef, den Finanz-, Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungsminister. Die Christdemokraten sind für die wichtigen Ressorts Außenpolitik, Transport und

Umwelt verantwortlich. Die Freiheitsunion, die durch die Wahlen geschwächt wurde, erhielt weniger zentrale Ministerien.

Die Regierungskoalition

Zwei Schwachstellen der neuen Regierung sind auf den ersten Blick zu erkennen: Erstens verfügt sie lediglich über die denkbar knappste Mehrheit von 101 der 200 Mandate in der Abgeordnetenkammer. Zweitens ist vor allem in Wirtschaftsfragen die ideologische Distanz zwischen der linken ČSSD und der marktliberalen Freiheitsunion beträchtlich.

Kohärenz und Dauerhaftigkeit des Regierungsbündnisses werden nicht zuletzt von

Die tschechischen Parlamentsparteien

ČSSD Česká strana
sociálně demokratická
(Tschechische Sozial-
demokratische Partei)

KDU-ČSL Křesťanská a
demokratická unie –
Československá strana
lidová (Christdemokra-
tische Union – Tschecho-
slowakische Volkspartei)

KSČM Komunistická
strana Čech a Moravy
(Kommunistische Partei
Böhmens und Mährens)

ODS Občanská demokra-
tická strana (Bürgerlich-
Demokratische Partei)

US-DEU Unie svobody-
Demokratická unie
(Freiheitsunion-Demo-
kratische Union)

der Entwicklung der einzelnen Koalitionspartner und von innerparteilichen Positionskämpfen abhängen. Die *Sozialdemokraten* sind gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen und waren daher in der Lage, sich ihre Partner auszusuchen: Neben Volkspartei und Freiheitsunion hätten sie sich zumindest rein rechnerisch von den Bürgerlichen Demokraten (ODS), von den Kommunisten (KSČM) oder (fallweise) von beiden unterstützen lassen können. Mit der Regierungsbildung ist auch der Wechsel in der sozialdemokratischen Führung abgeschlossen. Nachdem Vladimír Špidla bereits im vergangenen Jahr zum ČSSD-Chef gekürt worden war, konnte er nun auch das Amt des Exekutivchefs übernehmen. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder sind in der Mehrzahl europafreundliche Modernisierer und pragmatische Reformer. Daß sie überwiegen, dürfte maßgeblich Resultat von Špidlas Bemühen sein, Exponenten der Politik des bisherigen Regierungschefs und Alt-ČSSD-Vorsitzenden Miloš Zeman zurückzudrängen. Nachdem Špidla das einflußreiche und dubiose Team um Zemans Chefberater Šlouf ausgeschaltet hat, wird es ihm und seinen Gefolgsleuten auch mittelfristig darum gehen, den Flügel der Zeman-Anhänger in der ČSSD unter Kontrolle zu halten.

Die *Christdemokraten* sind nach langer Reise in den neunziger Jahren dort angekommen, wo sie (auch mit Blick auf ihre eigene Geschichte) hingehören: in der Mitte. Die KDU-ČSL ist gleichsam das Scharnier des tschechischen Parteiengefüges, die »neue Mitte« der Tschechischen Republik. Sie kann problemlos mit der Linken und der Rechten koalieren. Die Verfechter einer »konservativen« Profilierung der Volkspartei (so etwa Fraktionschef Jan Kasal) sind nach wie vor präsent, aber weniger bestimmend als die Anhänger einer zentristischen Ausrichtung (vertreten vor allem durch Parteichef und Außenminister Cyril Svoboda), die gegenwärtig fest im Sattel sitzen.

Die *Freiheitsunion* befindet sich seit den Wahlen in einer Dauerkrise. Mit ihrem miserablen Wahlergebnis verschlechterte

die US-DEU nicht nur ihre Position in der politischen Landschaft, das Resultat schwächte auch ihre Position gegenüber den christdemokratischen Partnern, mit denen sie in der Zweierallianz »Koalice« verbunden ist. Mehr nolens als volens trat die US-DEU an der Seite der ungeliebten Sozialdemokraten in die Regierung ein. Mehrere Politiker der Freiheitsunion äußerten ihren Unmut über die wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele der neuen Regierung. Die bisherige US-Parteichefin Hana Marvanová trat eigenem Bekunden nach von ihrem Amt zurück, weil sie die Höhe der avisierten Staatsverschuldung nicht mittragen konnte. Nicht auszuschließen ist, daß die Freiheitsunion zwischen wirtschaftspolitischer Profilsuche und realpolitischer Kompromißbereitschaft zerrieben wird.

Gespaltene Opposition

Die Opposition ist gespalten: in die konservative Bürgerpartei ODS von Václav Klaus und die neo-kommunistische KSČM. Bürgerliche Demokraten und Kommunisten bilden entgegengesetzte Pole des politischen Spektrums und sind insofern nicht in der Lage, eine konstruktive, geschweige denn gemeinsame Alternative zur gegenwärtigen Koalition anzubieten. Allerdings könnten sie vereinzelt (mit der Unterstützung von Abweichlern aus der Regierungskoalition) Regierungsprojekte blockieren. Mit Blick auf den nahenden tschechischen EU-Beitritt und das in diesem Zusammenhang geplante Referendum könnte sich als problematisch erweisen, daß keine der beiden Oppositionsparteien die tschechische Unionsmitgliedschaft begeistert befürwortet. Zwischen Regierung und Opposition verläuft auch die Scheidelinie zwischen Europafreundlichkeit und Euroskeptizismus. Zwar haben die EU-Befürworter in der Bevölkerung ein klares Übergewicht gegenüber den Gegnern (im Juni hätten 42 Prozent für und 17 Prozent der Tschechen gegen den Beitritt gestimmt), aber immer noch gibt es eine große Zahl

Unentschlossener (21 Prozent, Angaben nach Meinungsforschungsinstitut CVVM).

Gerade die ODS könnte versucht sein, durch populistische Europakritik wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Für die Klaus-Partei ist nach den Wahlen eine völlig neue Situation entstanden: Erstmals ist sie weder direkt noch indirekt an der Regierung beteiligt. Ihre Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Rahmen des sogenannten Oppositionsvertrags hat sich in der vorangegangenen Legislaturperiode nicht ausgezahlt, die meisten Wähler ignorierten ihre programmatischen Wahlkampfversprechen. Mit Vladimír Špidla lenkt nun ein Politiker die Geschicke der ČSSD, der mit Václav Klaus und seiner Partei nicht ins Geschäft kommen will. Parteichef Klaus steht unter Druck: Gleich nach den Wahlen setzte eine innerparteiliche Debatte über den ODS-Vorsitz ein.

Die Kommunisten konnten als einzige Parlamentspartei ihren Besitzstand vergrößern. Ihr strategisches Ziel ist es, eine Mehrheit links der Mitte zu bilden und eines Tages Regierungsverantwortung zu übernehmen. Indem Vertreter der KSČM auch in parlamentarische Ämter gewählt wurden (die Kommunisten konnten unter anderem einen stellvertretenden Parlamentspräsidenten benennen), gelang der Partei ein weiterer Schritt zur Überwindung ihrer politischen Isolation. Jedoch brachte der Wahlerfolg auch neue Probleme. Die Kommunisten müssen sich, wollen sie bei späteren Gelegenheiten zum Partner für die Sozialdemokraten werden, programmatisch erneuern. Abgesehen von der Einschätzung der Ära zwischen 1948 und 1989 bestehen insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik noch enorme Differenzen gegenüber den Positionen sämtlicher politischer Gruppierungen im Lande. Nach wie vor ist die KSČM gegen die NATO-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik und steht dem Beitritt zur EU mehrheitlich mit großer Zurückhaltung gegenüber. Eine programmatische Öffnung wird innerhalb der Partei auf Widerstand stoßen. Kommunistische EU-Pragmatiker

wie der Parteivize Miloslav Ransdorf und sein Kollege Jiří Dolejš wurden von Teilen der Parteibasis als »Schädlinge« bezeichnet.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Kurzfristig wird das politische Koordinatensystem der Tschechischen Republik vor allem durch die anstehenden Wahltermine bestimmt: die Kommunal- und Senatswahlen (ein Drittel der Mitglieder dieser zweiten Kammer des Parlaments wird gewählt) im Herbst und die Präsidentschaftswahlen Anfang nächsten Jahres.

Bei den Kommunal- und Senatswahlen geht es unmittelbar um zwei Fragen: Können die Parteien der jetzigen Regierungskoalition ein stabiles Fundament vor allem in den größeren Städten aufbauen? Und werden die Kräfteverhältnisse im Senat für die Koalition ähnlich günstig sein wie bisher? Vielleicht noch wichtiger werden jedoch die mittelbaren Folgen der Wahlen sein. Vor allem für ODS und Freiheitsunion steht viel auf dem Spiel. Sollte die ODS abermals schlecht abschneiden, so wäre Václav Klaus als Parteichef ernsthaft gefährdet. Er könnte in diesem Fall den ODS-Vorsitz von sich aus niederlegen oder dazu gedrängt werden (indem man ihm etwa den Ehrenvorsitz der Partei anbieten würde). Damit wäre der Weg frei für einen neuen Parteichef und mittelfristig vielleicht sogar für eine ideologische Neubestimmung der ODS (einschließlich einer Revision ihrer europapolitischen Standpunkte). Sollte die Bürgerpartei hingegen reüssieren, würde Václav Klaus eventuell doch noch das Amt des Staatspräsidenten anstreben.

Die mitgliederschwache Freiheitsunion wird es schwer haben, bei den Kommunalwahlen in jedem Landesteil Erfolge zu erzielen. Punkten kann sie eigentlich nur bei den Senatswahlen. Christdemokraten und Freiheitsunion treten bei diesen Wahlen nicht gemeinsam an, haben aber die Kandidaturen in den Wahlkreisen untereinander aufgeteilt. Ob die Sympathisanten der Christdemokraten sich dann

aber jeweils für die Kandidaten der Freiheitsunion entscheiden, ist fraglich. Eine abermalige Wahlschlappe könnte die US-DEU dazu bewegen, nach mehr Selbstständigkeit gegenüber dem christdemokratischen Koalitionspartner zu streben.

In den Präsidentschaftswahlen – das Staatsoberhaupt wird von den beiden Parlamentskammern gewählt – scheint aus heutiger Sicht der von Teilen der Sozialdemokratie favorisierte Ombudsmann Otakar Motejl die besten Aussichten zu haben. Motejl könnte als parteiloser Fachmann aber auch außerhalb der ČSSD Akzeptanz finden. Allerdings ist noch keineswegs sicher, wen die Sozialdemokraten portieren werden. Ende August ließ der an der ČSSD-Basis immer noch beliebte Miloš Zeman durchblicken, daß er eine Kandidatur und somit ein Comeback aus dem (eben erst angetretenen) politischen Ruhestand nicht ausschließt. Daraufhin wurden (offensichtlich von der Špidla-Gruppe) neue Namen ins Spiel gebracht. Eine eventuelle Zeman-Kandidatur könnte die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie verschärfen, zumal über den Präsidentschaftsbewerber ein innerparteiliches Referendum entscheiden soll. Zeman-Gegner wie der Vorsitzende der Abgeordnetenkammer Lubomír Zaorálek fürchten jedenfalls, daß der »alte politische Stil« wieder Einzug halten könnte, der in den letzten Jahren für viel Unmut im In- und Ausland gesorgt hatte.

Obwohl die Fraktionen der Regierungskoalition die Einführung der Direktwahl des Staatspräsidenten planen, können sie die notwendige Verfassungsänderung nicht mehr rechtzeitig herbeiführen. Die Stimmen der Abgeordneten und Senatoren (vorbehaltlich der Resultate der Senatswahl) der Regierungskoalition würden für den Wahlsieg eines sozialdemokratischen Kandidaten wohl ausreichen. Allerdings müßte die ČSSD für die Unterstützung der Christdemokraten und der Freiheitsunion und die Nicht-Aufstellung ihres Wunschkandidaten, des bisherigen Senatspräsidenten Petr Pithart, Gegenleistungen

erbringen. Václav Klaus hat kaum eine reelle Chance. Aus den Reihen der KDU-ČSL wird er keine Unterstützung bekommen, schon gar nicht von seinen erbitterten Gegnern aus der US-DEU. Für die ČSSD wäre ein Zusammenwirken mit Klaus bei den Präsidentschaftswahlen nur dann attraktiv, wenn Klaus einen sozialdemokratischen Kandidaten mittragen würde. Ein neues Quidproquo mit Klaus wünscht sich aber in der ČSSD – außer Miloš Zeman und seinen Anhängern – wohl kaum jemand.

Aussichten der Regierungskoalition

Welche mittelfristigen Perspektiven hat die Regierungskoalition? Trotz einiger Fragezeichen sollte die Stabilität des Kabinetts Špidla nicht unterschätzt werden. Die jetzige Koalition hat eine feste Achse: die Kooperation zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei, genauer gesagt zwischen der in der ČSSD dominierenden Špidla-Gruppe und den zentristischen Christdemokraten um Cyril Svoboda. Eine mehrheitsfähige Alternative zum gegenwärtigen Dreierbündnis gibt es nicht. Eine Koalition der rechten Mitte aus Christdemokraten, Freiheitsunion und ODS hätte keine Mehrheit und wäre angesichts der Abneigung der meisten US-DEU- und vieler KDU-ČSL-Politiker gegenüber der ODS ohnehin nicht realistisch. ČSSD-Chef Špidla schreckt aus innerparteilichen Gründen wohl davor zurück, sich erneut mit der ODS als strategischem Partner einzulassen. Gegen die Option einer punktuellen Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den Kommunisten etwa in Fragen der Sozialpolitik konnten Christdemokraten und Freiheitsunion eine Rückversicherung im Koalitionsvertrag durchsetzen: Ist für einen Partner ein Vorhaben »grundlegenden Charakters« unannehmbar, muß vor Befassung des Parlaments erst eine Abstimmung innerhalb der Koalition erfolgen.

Das größte Risiko für die Existenz der jetzigen Regierung dürfte insofern die Freiheitsunion darstellen. Einen Ausstieg aus der Koalition würde sich die US-DEU aber

mit Sicherheit reiflich überlegen. Denn ein Wechsel in die Opposition könnte die Lage der Partei verschlechtern. Sie liefe Gefahr, zwischen einer populistischen Opposition und einer ums Überleben kämpfenden Regierung in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Nicht einmal durch ein Auseinanderbrechen der US-DEU wäre die Regierung unmittelbar bedroht. Vermutlich könnte sich selbst in diesem Fall eine sozialdemokratisch-christliche Minderheitsregierung gut über Wasser halten: In europapolitisch wichtigen Fragen wäre ihr die Unterstützung der Freiheitsunion bzw. eventueller Sezessionisten aus dieser Gruppierung sicher; in wirtschaftspolitischen Fragen könnte sie damit rechnen, teils von links, teils von rechts gestützt zu werden.

Außenpolitische Prioritäten

Fundamentale Verschiebungen tschechischer Positionen durch die neue Regierung sind in der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik nicht zu erwarten.

Mit ihrem dezidiert proeuropäischen Profil möchte die Regierung den *Beitritt zur EU* rasch unter Dach und Fach bringen. Allerdings ist die Tschechische Republik gegenüber anderen Kandidatenländern gemessen an der Zahl der abgeschlossenen Verhandlungskapitel ins Hintertreffen geraten. Hierbei handelt es sich aber um Fragen und Bereiche, die zügig zum Abschluß gebracht werden können (Transport, Wettbewerb) oder bei denen sich das Land trotz dauernder Unmutsbekundungen verschiedener Interessengruppen vermutlich schnell auch zu unpopulären Kompromissen bereitfinden wird (Landwirtschaft, die für die wenig agrarische Tschechische Republik ein anderes Gewicht hat als etwa für Polen). Ausschlaggebend wird sein, wie die Regierung die Kommunikation mit der tschechischen Bevölkerung im Hinblick auf das Beitrittsreferendum optimiert und wie sich in der Referendumsdebatte die europaskeptische Opposition plaziert.

Sicherheitspolitisch wird sich das Veranstalterland des NATO-Gipfels im November

weiterhin bemühen, seine Rolle in der Allianz zu finden, konstruktiv an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mitzuwirken und hierzu vor allem seine Streitkräfte zu modernisieren. Der im Amt verbliebene tatkräftige Verteidigungsminister Tvrdík bürgt für Kontinuität und Konsequenz bei der avisierten Armereform, die aufgrund der Umsteuerung von Mitteln zur Bewältigung der Flutkatastrophe mit massiven Finanzproblemen zu kämpfen haben wird. Die Entscheidung über die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge soll denn auch erst nach dem NATO-Gipfel getroffen werden.

Neue Akzente will Prag hingegen in der *Nahostpolitik* setzen. Hatte sich die Regierung Zeman deutlich auf die Seite Israels gestellt, will die tschechische Außenpolitik laut Außenminister Svoboda eine Position der Äquidistanz zwischen Israel und Palästina einnehmen.

In Sachen *Irak* äußerten sowohl Regierungschef Špidla als auch Außenminister Svoboda, daß »ein Angriff keine optimale Lösung« sei. Anlässlich des Treffens der tschechischen Botschafter Ende August erklärte Špidla, wenn doch eine Operation stattfinden solle, müsse sie auf jeden Fall von einer Allianz oder Koalition getragen werden. Prag würde im Falle einer amerikanischen Intervention intensiv seine europäischen Verbündeten konsultieren.

Auch künftig wird man mit einem beachtlichen Interesse Prags an der *mittel-europäischen Regional Kooperation* rechnen dürfen, vor allem an der Zusammenarbeit im *Visegrád-Rahmen*. Mit den Kooperationspartnern möchte man sich in der Schlußphase der Beitrittsverhandlungen eng abstimmen. Die EU-Referenden sollen nach dem »Kaskadenprinzip« zuerst in dem Land stattfinden, in dem die Zustimmung am höchsten ist, und am Schluß im Europakritischsten Visegrád-Staat. In der Regierungserklärung von Premier Špidla wird Polen explizit als »bedeutender Partner« bezeichnet, mit der Slowakei möchte man die besonderen (*nadstandardní*) Beziehungen vertiefen. Dementsprechend führt die erste

Dienstreise von Premierminister Špidla (die Reise zum Flut-Gipfel nach Berlin war außerplanmäßig) nach Polen. Außenminister Svoboda hat die Slowakei als Ziel seiner ersten Visite vorgesehen.

Deutschland und Österreich

In der Debatte um die Beneš-Dekrete wird auch die Regierung Špidla nicht substantiell von den bisherigen Positionen abrücken. Gegenüber dem österreichischen Nachrichtenmagazin *Format* bekräftigte Špidla seinen altbekannten Standpunkt: »Die Beneš-Dekrete sind konstitutiv für die Tschechische Republik. Ohne sie kann die Republik im rechtlichen Sinn nicht existieren.« Im Koalitionsvertrag erklären die Regierungsparteien einerseits die Deutsch-tschechische Erklärung, andererseits den intransigenten Beschluß der tschechischen Abgeordnetenkammer vom 24. April über die Rechtsfolgen des Zweiten Weltkriegs zur Grundlage ihrer Politik.

Eine wichtige Rolle kommt in der Diskussion um die Dekrete sowie generell im bilateralen Dialog mit Deutschland und Österreich Außenminister Svoboda zu. Der Christdemokrat gehört jenem Segment des tschechischen Parteienspektrums an, dem am ehesten Gesprächsbereitschaft und Unvoreingenommenheit gegenüber dem westlichen und südlichen Nachbarn attestiert werden kann. Überdies unterhält er enge Kontakte zu Vertretern der christdemokratischen Schwesterparteien, was – wie sich unlängst auf dem Europaforum im österreichischen Alpbach zeigte – zum Beispiel der Kommunikation mit Kanzler und Außenministerin in Österreich zuträglich ist. Gleichwohl sind weder die KDU-ČSL noch ihr Parteimitglied Svoboda bereit, an den Beneš-Dekreten zu rütteln. Denn auch die Christdemokraten schrecken vor den eventuellen Konsequenzen eines »Nachgebens« in dieser Frage zurück und wollen jeden Verdacht vermeiden, daß sie nationale Interessen nicht konsequent genug verteidigen. Gerade Außenminister Svoboda muß umsichtig handeln. Sollte

er sich zu weit vorwagen, könnten seine sozialdemokratischen Partner etwa die Einrichtung eines Europaministeriums forcieren und hierdurch dem Außenministerium Kompetenzen entziehen.

Svoboda wird vor allem dazu beitragen können, die Temperatur der wahlkampfbedingt erhitzten Atmosphäre in den deutsch-tschechischen und österreichisch-tschechischen Beziehungen zu senken. Seine Devise lautet: »Man kann über Dinge reden, aber es bleibt ein wichtiger Unterschied zwischen Reden und Verhandeln«. Die bisherige tschechische Linie wird Svoboda also insofern variieren, als er bereit ist, »einen Dialog auch über heikle Fragen« zu führen. Dennoch wird er den bisherigen Kurs fortsetzen und die Unrückbarkeit der tschechischen Haltung in Sachen Dekrete, Restitution und Nachkriegsordnung akzentuieren.

Unklar ist bislang, ob und wann sich die tschechische Regierung zu einer entgegenkommenden »Geste« durchringen wird. Außenminister Svoboda deutete unlängst in einem Gespräch mit der Zeitung *Die Welt* an, eine solche Geste wäre gegenüber tschechischen Staatsbürgern deutscher Nationalität denkbar, nicht aber gegenüber vertriebenen Sudetendeutschen. Kurz zuvor hatte er in der Prager Wochenzeitung *Respekt* noch festgestellt, daß durch die Entschuldigung von Präsident Havel im Jahr 1990 und die Deutsch-tschechische Erklärung von 1997 »hinsichtlich Symbolen, Gesten und politischen Haltungen alles getan worden ist. Es gibt nichts zu lösen.« Premier Špidla hatte ins gleiche Horn gestoßen und lakonisch gefragt: »Warum eine Geste?« Der Direktor der Mitteleuropaabteilung im tschechischen Außenministerium wurde Ende Juli mit den Worten zitiert, daß weder eine tschechische Geste »auf dem Programm steht«, noch eine Entschädigung für sudetendeutsche Antifaschisten geplant sei. Neuerdings kommen jedoch etwa aus Kreisen der Sozialdemokratie Signale, die gerade letzteres in Betracht ziehen. Während man auf Regierungsebene mit Blick auf die tschechische Öffentlichkeit wohl

noch eine Weile zögern wird, deuten zum Beispiel die widersprüchlichen Aussagen Svobodas oder Äußerungen sozialdemokratischer Abgeordneter darauf hin, daß über die Möglichkeit »symbolischer Akte« zumindest gesprochen wird.

Eine neue Offenheit der tschechischen Regierung wäre aller Voraussicht nach Ergebnis eines Prozesses, der jedenfalls nicht vor Abhaltung des tschechischen EU-Referendums enden wird, da man negative europapolitische Nebeneffekte bilateraler und innertschechischer Vertreibungsdebatten vermeiden möchte. In dieser Periode könnten positive Impulse Auftrieb erhalten. Im Herbst werden die Rechtsgutachten von Kommission und Europäischem Parlament zu den Beneš-Dekreten und ihrer EU-Kompatibilität veröffentlicht, was zu mehr Klarheit auch in der tschechischen Diskussion führen kann.

Unter Umständen kann eine gewisse Entspannung im österreichisch-tschechischen Verhältnis eintreten. Aus Alpbach brachte Außenminister Svoboda die neuerliche Zusage seiner österreichischen Amtskollegin Ferrero-Waldner mit, Wien werde die EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik nicht blockieren. Zur Glättung der Wogen könnte auch ein moderaterer Stil in der Führung der ČSSD bzw. von Partei- und Regierungschef Špidla beitragen. Špidla, der sich als aufrichtiger »tschechischer Patriot« und neuzeitlicher »sudböhmischer Hussit« versteht, hat in den ersten Wochen als Premierminister gezeigt, daß er sich in seiner Amtsführung von seinem polternden Vorgänger Zeman unterscheidet.

Wirtschaft und Soziales

Im Prinzip will die Regierung Špidla an die Wirtschaftspolitik der letzten vier Jahre anknüpfen. In diesen Jahren konnten durch einen wachstumsorientierten und privatisierungsfreundlichen Kurs und eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik Fehlentwicklungen der Klaus-Ära korrigiert und die tschechische Volkswirtschaft über die Konjunkturdelle in der zweiten Hälfte der

neunziger Jahre hinweggebracht werden. Die Regierung Zeman scheute jedoch davor zurück, unpopuläre Umbauvorhaben wie die Rentenreform, die Umgestaltung des Gesundheitswesens und grundsätzlich die Gesundung der Staatsfinanzen anzupacken. Auch die Arbeitslosigkeit (sie stieg im Juli auf 9,2%) konnte nicht abgebaut werden.

Mit all diesen unerledigten Aufgaben ist die neue Regierung nun konfrontiert. Will man die künftige Linie herauskristallisieren, ist folgendes zu beachten:

- ▶ Vladimir Špidla, vormals Sozialminister, hat sich als »Mister Wohlfahrtsstaat« profiliert und so der Sozialdemokratie einen Großteil ihrer Wählerschaft gesichert. Špidla wird daran gelegen sein, auch in Zukunft für die meisten Bürger spürbare, aber auch kostenträchtige sozialpolitische Maßnahmen durchzusetzen.
- ▶ Mit den Christdemokraten haben Špidla und die ČSSD Verbündete für ihre Sozialstaatspolitik, etwa bei der Familien- und Wohnungsbaupolitik.
- ▶ Die Freiheitsunion ist das »wirtschaftsliberale Gewissen« der Regierungskoalition. Ihr Einfluß ist zwar begrenzt, jedoch nicht zu vernachlässigen.

Erste Akzentsetzungen der Regierung lassen den Schluß zu, daß die tonangebende Sozialdemokratie stark auf die Sozialpolitik setzt und ihr den Vorzug vor einer raschen Haushaltskonsolidierung gibt. Der von der ČSSD gestellte Finanzminister Sobotka erklärte ganz in diesem Sinne: »Unser Ziel ist soziale Stabilität und soziale Kohäsion. Dieses Ziel wollen wir nicht einer eventuellen Beschleunigung der Reform der öffentlichen Finanzen opfern.« In der Regierungserklärung ist davon die Rede, das Haushaltsdefizit bis 2006 auf 4,9 bis 5,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken und in der Folgezeit eine weitere Reduktion einzuleiten. Dieses nicht besonders ambitionierte Ziel deckt sich mit den Plänen der Regierung, keine schnellstmögliche Einführung des Euro anzustreben, sondern diese etwa für 2010 vorzusehen.

Wahrscheinlich werden die Folgen der Überschwemmungskatastrophe das Haus-

haltsloch im Jahr 2003 vertiefen. Durch Schadensübernahmen und Steuerausfälle könnte der Staatshaushalt ersten Schätzungen zufolge um zusätzliche 1,3 bis 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belastet werden. Obwohl die Regierung ihre Leistungen vor allem durch Umschichtungen, Privatisierungseinnahmen, die Verschiebung teurer Investitionsprojekte und Steuererhöhungen finanzieren will, kann sie dennoch gezwungen sein, Anleihen auszugeben. Dadurch würde das Defizit von ohnehin schon 6 Prozent weiter in die Höhe getrieben. Das »Hochwasserbudget« könnte nach Auffassung von Analysten aber auch als Katalysator für die Finanzreform wirken und die Regierung zu entscheidenden Schritten etwa bei der Renten- oder Gesundheitsreform oder der Wohnungs- und Mietpolitik zwingen.

Der Notwendigkeit einer systematischen Neuplanung des Budgets wird sich die Regierung auch deswegen immer weniger entziehen können, weil die Privatisierung als Einnahmequelle allmählich versiegt. Der Energiegigant ČEZ (geschätzter Erlös 150–200 Mrd. Kronen) und die Český Telecom (etwa 55 Mrd. Kronen) sind die letzten Projekte, die noch einmal immense Geldsummen in die Regierungskasse fließen lassen. Während somit »transformationsbedingte« Erlöse zunehmend entfallen, werden Transformationsschulden bleiben, wie sie etwa in der Konsolidierungsagentur ČKA kumuliert sind.

Druck auf die Finanz- und Fiskalpolitik könnte indirekt auch vom wachsenden Ungleichgewicht im Außenhandel ausgehen. Die Regierung möchte daher (gemeinsam mit der Notenbank) den Kurs der vermutlich überbewerteten Krone nach unten korrigieren, der den tschechischen Exporteuren zu schaffen macht. Angesichts eines gehörigen Leistungsbilanzdefizits malen pessimistische Experten bereits das Gespenst eines Zwillingsdefizits von Haushalt und Leistungsbilanz mit all den dazugehörigen Folgen an die Wand.

So weit muß es nicht kommen. Dennoch gibt vor allem das mäßige Wirtschafts-

wachstum Anlaß zur Vorsicht. Aufgrund eines geschwächten außenwirtschaftlichen Umfelds und der Hochwasserschäden wird in aktualisierten Prognosen mit einem Wachstum von 2,4 bis 2,6 Prozent für 2002 und 3,2 bis 3,6 Prozent für 2003 gerechnet. Das ist zwar im ostmitteleuropäischen Vergleich passabel, aber zu wenig, um den finanziellen Handlungsspielraum der Regierung zu erweitern und die Arbeitslosenrate spürbar zu senken.

Fazit

Die neue tschechische Regierung steht vor drei großen Herausforderungen: Sie muß das Land in die EU führen, wirtschaftliche und finanzielle Strukturreformen durchsetzen und die Dissonanzen im Verhältnis zu Deutschland und Österreich ausräumen. Europa- und außenpolitische Themen werden mindestens bis zum tschechischen Referendum über den EU-Beitritt ein zentraler Bestimmungsfaktor für das politische Leben im Lande sein. Ist die EU-Mitgliedschaft unter Dach und Fach gebracht, werden sich wirtschaftliche und soziale Fragen in den Vordergrund drängen.

Die Sozialdemokraten werden alles tun müssen, damit die sozialökonomische Umgestaltung »sozialverträglich« verläuft. Sie müssen also vor allem ihre sozialpolitischen Versprechungen einlösen und die Arbeitslosigkeit reduzieren. Andernfalls riskieren sie, abermals Wähler vor allem an die linkspopulistische Konkurrenz von der KSČM zu verlieren. Sollten durch das Vorgehen der Sozialdemokraten Reformen verschleppt werden und insbesondere der Haushalt in dauerhafte Schieflage geraten, könnte die Freiheitsunion oder einzelne ihrer Abgeordneten der Regierungskoalition von der Fahne gehen. In Anbetracht dessen kann der These zugestimmt werden, daß Europa zwar der »Kitt« der jetzigen Regierung ist, daß sich aber mit der Erlangung der Unionsmitgliedschaft die europapolitische Zweckgemeinschaft des Regierungsbündnisses auflösen könnte.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org